

Ohne

Flüchtlings- und Migrationspolitik zerfällt

der gesellschaftliche Zusammenhalt!

Positionspapier

von Regierungsrat Guido Graf

Vorsteher Gesundheits- und Sozialdepartement Kanton Luzern

August 2018

I. Ausgangslage

Wir leben in einer globalisierten Welt, die offenbar aus den Fugen geraten ist. Weltweit sind über 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Fluchtursachen sind mehrheitlich Konflikte, die seit Jahren die politische Agenda beeinflussen oder, wie beispielsweise der «Arabische Frühling», aufgrund von gesellschaftspolitischen Konstellationen unkontrolliert ausbrechen.

Die Politik sollte berücksichtigen, dass Konflikte verschiedene Dimensionen wie Demographie, Kultur, Ökonomie, Religion, Geschichte, Soziologie (Ungerechtigkeit), Bildung und Klimawandel umfassen – um nur die wichtigsten Einflussfaktoren aufzuzählen. Damit ist auch die Komplexität der Lage festgehalten. Kurzfristige Lösungen fallen daher realistischerweise ausserhalb unserer begrenzten Möglichkeiten.

Obwohl im Vergleich zum Vorjahr, aber insbesondere mit dem sogenannten «Krisenjahr 2015» die Flüchtlingszahlen markant zurückgegangen sind, wird uns die Gesamtproblematik mittel- und langfristig mit Hinblick auf die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für Afrika, die instabile Weltlage und die immer knapper werdenden Ressourcen weiterhin beschäftigen, vielleicht sogar noch intensiver als bis anhin.

Unsere Gemeinden und damit auch unser Gesellschaftssystem werden in wenigen Jahren einen Verteilungskampf führen, weil politisch Prioritäten gesetzt werden müssen (Sommarugas Massnahme, die Integrationspauschale auf 18`000 Franken zu erhöhen, kann in diesem Zusammenhang durchaus als «zeitlich begrenzte Beruhigungsspielle» aufgefasst werden). Der Ruf nach einer konsequenteren Migrations- und Flüchtlingsstrategie wird daher immer lauter, auch weil die Erkenntnis je länger je mehr um sich greift, dass Integration ein Prozess ist, der sich über mehrere Generationen erstrecken kann.

Der Flüchtlings-Deal mit der Türkei, die politisch äusserst heikle Unterstützung der umstrittenen Einheitsregierung in Libyen, die harte Linie der neuen italienischen Regierung auf der zentralen Mittelmeerroute sowie diverse Abkommen mit afrikanischen Staaten könnten sich auf Dauer zu einem «Klumpenrisiko» entwickeln und auf die Schweiz als Schengen/Dublin-Mitglied negative Auswirkungen haben.

Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass die Schlepperorganisationen auf vorgenannte Abwehrmassnahmen der Europäischen Union äusserst flexibel reagieren. So hat sich zum Beispiel der Migrationsdruck von der zentralen Mittelmeerroute auf die westliche verlagert und damit das Interesse der Medien auf die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla sowie Spanien selbst gelenkt. Beinahe unbemerkt aber migrieren gleichzeitig auf der östlichen Migrationsroute immer mehr Menschen von der Türkei über Griechenland nach Europa.

Mit Blick auf die Herkunftsländer muss trotz alledem klar festgehalten werden, dass ca. 90% der Menschen, die Europa als Ziel ausgewählt haben, sogenannte «Wirtschaftsflüchtlinge» sind, also Menschen, die aus ökonomischen Gründen zuwandern wollen. Für sie gilt der Begriff «Flüchtling» gemäss der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht. Dieser Fakt muss mit Nachdruck kommuniziert und ihm muss mit entsprechenden Folgerungen, sprich «Rücküberführungen», konsequent nachgelebt werden.

Der Umgang mit dem Thema Migration ist eine politische Aufgabe, die aus meiner Sicht bis anhin vernachlässigt wurde. Zu lange haben wir nicht zwischen Flüchtlingen gemäss vorgenannter Konvention und Migranten differenziert.

In diesem Kontext ist auch die bis anhin praktizierte Entwicklungszusammenarbeit umgehend zu stoppen, weil diese gemäss Migrationsexperten die Wanderungsbewegungen zusätzlich fördert. Fakt ist aber auch, dass dies nicht im Interesse der Herkunftsländer ist, weil die Rücküberweisungen das Vierfache der weltweit aufgebrauchten Hilfsgelder betragen. Alleine 2012 sind Rücküberweisungen von rund 400 Milliarden in die Entwicklungsländer

geflossen, d.h. das Vierfache der weltweit aufgebrauchten Hilfsgelder, oder etwa gleich viel wie in Form ausländischer Direktinvestitionen ins Land geflossen ist (Migrationsforscher Paul Collier in EXODUS, Seite 219).

Eine wichtige Massnahme, um Migration mittel- bis langfristig zu kontrollieren, ist Investition in die Bildung der Menschen in den Herkunftsländern, insbesondere in die Bildung der afrikanischen Frauen, um damit Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu fördern. Es geht aber grundsätzlich darum, die Perspektivlosigkeit der Menschen vor Ort zu stoppen. Bildung macht zukunftsfähig! Es wäre unverantwortlich, der jungen afrikanischen Bevölkerung keine Aussicht auf ein besseres Leben zu ermöglichen.

Konflikte wie in Syrien, Libyen, Jemen, Somalia und Irak, um nur einige ausgewählte Ereignisse zu erwähnen, sind eindeutig auf das Versagen der internationalen Politik und der trägen UNO zurückzuführen. Dieses Politikversagen produziert immer mehr Flüchtlinge gemäss Genfer Flüchtlingskonvention und zehrt an unseren Ressourcen.

Lösungsprozesse können meiner Ansicht nach nur vernetzt, international koordiniert und nur mit langem Atem, aber vor allem mit politischem Willen erfolgversprechend angegangen werden. Der politische Wille innerhalb der EU ist, wie der aktuelle Stand der unsolidarischen Flüchtlingsverteilung aufzeigt, nicht vorhanden.

In der politischen Diskussion tauchen immer wieder die beiden Begriffe „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“ auf.

Ich bin der klaren Auffassung, dass mein Handeln eher von verantwortungsethischen Überlegungen geprägt sein muss. Dieses Handeln muss zukunftsgerichtet sein. Im Zentrum der Überlegungen stehen unsere Nachfolgegenerationen. Diese dürfen nicht die Auswirkungen unseres heutigen Handelns zu tragen haben.

II. Erkenntnisse

Aufgrund der Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Afrika und basierend auf der Gallup-Umfrage von 2011 (weltweit möchten 630 Millionen Menschen migrieren), der instabilen politischen Weltlage, den Folgen des Klimawandels und dem damit zusammenhängenden Kampf um überlebenswichtige Ressourcen wird der Migrationsdruck weiterhin zunehmen und die Organisierte Kriminalität (OK) ihre Geschäftsgrundlagen flexibel ausbauen.

Weil dies so ist, muss ein durch die UN geregelter Migrationsweg nach Europa geöffnet werden, der den Bedürfnissen Europas und damit auch der Schweiz entgegenkommt. Besonders zu beachten ist, dass die Integration der Flüchtlinge gemeinsam durchgeführt und unsere Gesellschaft mit diesem Prozess nicht überfordert wird. Dies ist Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik.

Wir wollen in Abhängigkeit von den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen selbst entscheiden können, wer, wann, in welcher Zahl und mit welchen Qualifikationen zu uns kommen soll.

Wir dürfen diesbezüglich das Ruder nicht aus der Hand geben und die Initiative nicht der Organisierten Kriminalität mit ihren Schlepperbanden und korrupten Regierungen überlassen.

Im Kanton Luzern befinden sich (Stand vom 31.7.2018) 1`134 Personen im Asylprozess - aus vielen verschiedenen Ländern, mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen. Eine gewaltige Herausforderung für unsere Gesellschaft, wenn man davon ausgehen kann, dass vermutlich der grössere Teil bei uns bleiben wird.

Da viele dieser Menschen bildungsfernen Schichten zuzuordnen sind, müssen wir den Tatsachen in die Augen schauen und voraussehen, was in ungefähr 10 Jahren bezüglich Sozialkosten gestaffelt auf unsere Gemeinden zukommen wird. Die ersten Kommunen werden dies bereits ab 2018 erfahren.

Die Folgen für unsere Kultur, unsere Bildung, unser Sozialwesen und unsere Wertegemeinschaft werden enorm sein und unser Gemeinwesen nachhaltig verändern. Ein Grund mehr, dass wir alles daransetzen müssen, zwischen Flüchtlingen gemäss Genfer Konvention und Migranten zu unterscheiden.

Die Weltgemeinschaft, allen voran die UNO, muss die Rahmenbedingungen so festlegen, dass die Kriegsflüchtlinge möglichst rasch wieder in ihre angestammte Heimat zurückkehren, um sich am Wiederaufbau zu beteiligen.

III. Empfehlungen

1. Kurzfristige Handlungsfelder

Das Tabuthema «Geburtenkontrolle» muss unverzüglich auf die internationale Agenda gesetzt werden und erfordert die Aufmerksamkeit aller Nationen, ist jedoch durch die einzelnen afrikanischen Staaten umzusetzen. Die Handelsbeziehungen mit Afrika müssen auf fairen Grundlagen basieren, deren Nichteinhaltung sanktioniert werden muss. Die in den entsprechenden Ländern vorhandenen Ressourcen gehören primär diesen Menschen und nicht weltweit agierenden Konzernen. Darum sind Grenzen auch in Zukunft wichtig; sie sind zu respektieren bzw. von den betroffenen Staaten zu verteidigen. Das sogenannte «Land-Grabbing», mehrheitlich zu Ungunsten der ansässigen Bevölkerung, soll international geächtet werden, weil es die Versorgungssicherheit der einheimischen Bevölkerung gefährdet (beispielsweise durch China in Afrika). Flüchtlinge sind weltweit nach einem gerechten Schlüssel der UN zu verteilen.

Mittels Informationskampagnen soll unmissverständlich signalisiert werden, dass Menschen ohne Papiere die Aussengrenze der EU nicht passieren dürfen. MNA (Mineurs non accompagnés MNA) sind unverzüglich unter Obhut der UN ihren Eltern zuzuführen.

Die «klassische Entwicklungshilfe» ist sofort zu stoppen und klar von der «Nothilfe» abzugrenzen. Nothilfe ist eine Sofortmassnahme, Entwicklungshilfe mit Schwergewicht «Verbesserung der Bildung» ein langjähriger Kooperationsprozess. Menschenhandel und Drogenhandel sind konsequent und im internationalen Kontext nachhaltig zu bekämpfen. Menschen aus Eritrea und Äthiopien dürfen aufgrund der neuesten Lageentwicklung nicht mehr nach der Genfer Konvention behandelt werden.

Wer in der Schweiz um Asyl ersuchen will, muss unsere Werte bedingungslos akzeptieren, ansonsten ist das Gesuch zeitverzugslos negativ zu beantworten.

Die Schweiz muss innerhalb von 5 Jahren eine vom Volk abgesegnete Flüchtlings- und Migrationspolitik entwickeln.

Ziele der Flüchtlings- und Migrationsstrategie (-politik):

1. Zusammenhalt unserer Gesellschaft unter Erhalt unseres Wertesystems sicherstellen.
2. Künftige Generationen durch unsere heutigen Entscheide nicht benachteiligen, beziehungsweise Entscheide zukunftstauglich machen.
3. Bildung von Parallelgesellschaften verhindern.

4. Wohlstand der Schweiz mindestens auf heutigem Niveau erhalten.
5. Migration in einem gesunden Verhältnis zur eigenen Bevölkerung selbstbestimmt steuern.
6. Standortvorteil der Schweiz ausbauen, um im globalen und digitalisierten Wettbewerb auch in Zukunft mithalten zu können.
7. Verpflichtungen gemäss angepasster Genfer Flüchtlingskonvention wahrnehmen.
8. Durch gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand auch künftig weltweit Nothilfe ermöglichen.

Mit der Erarbeitung einer Migrations- und Flüchtlingsstrategie für die Schweiz muss umgehend gestartet werden.

2. Mittelfristige Handlungsfelder

Die entwickelte Migrations- und Flüchtlingsstrategie (-politik) ist nachhaltig umzusetzen. Geldströme der Organisierten Kriminalität sind einzufrieren und den geschädigten Staaten zuzuführen. Die Einführung einer „Swiss-Green-Card“ (analog der Green Card in den USA) soll in der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden. Des Weiteren soll die Schweiz als Depositarstaat einen Vorschlag für eine Neuausrichtung der Flüchtlingskonvention (die Welt hat sich seit 1951 radikal verändert) einbringen.

3. Langfristige Handlungsfelder

Interessierte arbeitswillige Menschen mit entsprechenden Qualifikationen sollen während einer klar definierten Zeit in der Schweiz (Swiss-Green-Card) arbeiten oder studieren dürfen, um anschliessend die erworbenen Kompetenzen in ihren Herkunftsländern einzusetzen. Jeder Kanton erarbeitet, basierend auf nationalen Grundlagen, ein entsprechendes Konzept. International tätige Unternehmen sollen sich daran beteiligen. Der sogenannte „Brain-Drain“ (Abwanderung hochqualifizierter Menschen) muss zum Schutz der Herkunftsländer konsequent angegangen werden.

Die UNO soll mittels Neuausrichtung den Herausforderungen der Zukunft im Interesse der Weltgemeinschaft mit entsprechenden Mitteln begegnen können.

IV. Besondere Aspekte

1. Schengen/Dublin

Die Schengen-Aussengrenze ist zu schliessen bzw. besser zu überwachen. Wir Schweizerinnen und Schweizer müssen uns auf den Grenzschutz verlassen können (v.a. in Bezug auf Menschenhandel, Drogenhandel, illegale Migration). Allenfalls müssen wir, zeitlich begrenzt, mehr Personal an die EU-Aussengrenze abstellen.

2. Entwicklungshilfe (Marshall-Plan für Afrika)

Die klassische Entwicklungshilfe hat bis heute wenig bewirkt und eine Fortführung wäre, basierend auf der Prognose der demographischen Entwicklung in Afrika, eine Sisyphus-Arbeit. Der Ruf nach einem Marshall-Plan für Afrika suggeriert ein falsches Bild und verkennt die politische Lage Europas nach dem zweiten Weltkrieg mit zerstörten wirtschaftlichen, aber weiterhin funktionierenden gesellschaftlichen Strukturen und dem unbeugsamen Willen vieler Frauen, am Wiederaufbau mitzuhelfen und sich damit auch endgültig zu emanzipieren. In Afrika fehlen wirtschaftliche und staatstragende Strukturen, und die afrikanischen Gesellschaften sind in der Regel anders aufgebaut als die europäischen. Namhafte

Migrationsexperten fordern daher die Abschaffung der klassischen Entwicklungshilfe, da diese erst recht die Migration fördere.

In Wirtschaft und Verwaltung wird überall nach Synergien gesucht, um Effizienz und Führung zu verbessern. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass immer mehr Nichtregierungsorganisationen (NGO), aktuell 37'000 gemäss UNDP, auf dem «Entwicklungshilfe-Markt» tätig sind und sich gegenseitig konkurrenzieren. Diesem Wildwuchs muss einerseits Einhalt geboten und andererseits muss Transparenz gefordert werden. Die Vorkommnisse rund um Oxfam, Unicef und World Vision sowie die Übergriffe von Blauhelmsoldaten an verschiedenen Hilfsfronten geben genügend Hinweise, dass die Lage völlig unübersichtlich geworden ist, die Kontrollmechanismen versagt und die Spender das Vertrauen in diese Organisationen verloren haben.

3. Eritrea

Das Friedensabkommen zwischen Äthiopien und Eritrea führte im Juli 2018 zu einer neuen Lage in Eritrea. Die Gewährung von Asyl für Menschen aus Eritrea stösst in der Schweiz auf immer mehr Kritik. Würde man die Forderungen der Menschenrechtskommission konsequent auch auf andere «menschenrechtskritische Länder» ausweiten, würde unser westliches Sozialsystem sofort zusammenbrechen. Das gegenseitige Aufeinanderzugehen von Eritrea und Äthiopien und die damit einhergehende Akzeptanz des Grenzabkommens von Algier muss unbedingt Folgen für die Gewährung von Asyl für Menschen aus Eritrea und Äthiopien haben. Interessant ist, dass die positive Lageentwicklung zwischen diesen beiden Ländern ohne Intervention von Drittstaaten erfolgt ist. Es braucht nicht immer eine Intervention von aussen!

V. Schlussgedanke

Ich bin mir völlig bewusst, dass die Gesamtproblematik äusserst komplex ist und daher vernetzt und international koordiniert angegangen werden muss. Ohne politischen Willen und ohne langen Atem ist die geschilderte Lage jedoch nicht zu meistern. Der Grundsatz „global denken und lokal handeln“ gewinnt in diesem Zusammenhang eine neue Bedeutung. Eine ausgewogene Flüchtlings- und Migrationspolitik ist ein wesentliches Element für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Damit die Schweiz auch in Zukunft hilfsbedürftigen Menschen in aller Welt Unterstützung zukommen lassen kann, müssen unsere Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Bedingung ist aber, dass diese Ressourcen vorher dank geteiltem Wertesystem und daraus resultierendem Gesellschaftszusammenhalt gemeinsam erwirtschaftet werden können.

Aufgenommene Flüchtlinge müssen sich an dieser gesellschaftlichen Aufgabe mitbeteiligen.

Die heutige Migrationspolitik ist für die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht zielführend. Die im Prozess massgebenden Schlüsselpersonen handeln seit Jahren nach dem Grundsatz „fünf vor zwölf“ und setzen bei der Migrationsbaustelle auf Detailkorrekturen mit beschränkter Wirkung. Es ist jedoch, im Angesicht der instabilen Weltlage, die sich in den letzten Jahren dramatisch verändert hat, „fünf nach zwölf“. Es braucht einen Neuanfang, weil ansonsten unsere Sozialsysteme zusammenbrechen und die Folgen für unsere Gesellschaft irreversibel wären.